

Umweltschutz 1979

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme**

Band (Jahr): **35 (1978)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-782556>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eine «plan»-Umfrage:

Umweltschutz 1979

Der Jahreswechsel ist die Zeit der Analysen und der guten Vorsätze. Beides drängt sich im Umweltschutz auf. Unbestritten ist der Grundsatz, wonach die Umwelt heute zu schützen ist. Doch die Geister scheiden sich, wenn dieses Ziel konkretisiert werden soll. «plan» hat deshalb einige Persönlichkeiten gebeten, die sich in Wissenschaft oder Politik mit Fragen des Umweltschutzes befassen, ihre Erwartungen für 1979 in bezug auf den Umweltschutz kurz zu formulieren.



**Walter
Flückiger,**

**Botanisches Institut der
Universität Basel**

Die Frage «Was erwarten wir 1979 vom Umweltschutz» kann kurz beantwortet werden: Es muss noch viel mehr getan werden, als bisher getan wurde.

Allein der Gedanke, dass der Umweltschutz einer dringenden Notwendigkeit entspricht, sollte noch mehr in der Öffentlichkeit verankert werden. Für ein verbessertes Verständnis hiefür dürfte die Einführung von Fächern beitragen, die sich mit Umweltschutzproblemen und der Erhaltung des ökologischen Gleichgewichtes in unserer Umwelt befassen. Neben der Aufklärungsarbeit müssen aber auch Anreize zum Umweltschutz geschaffen werden, wie sie in anderen Disziplinen längst bestehen, so dass jeder Privatmann, jeder Unternehmer angespornt wird, sein möglichstes zum Umweltschutz beizutragen. Projekte und Massnahmen, die der Erhaltung unserer Biosphäre die-

nen, sollten deshalb in Zukunft mehr durch finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand gefördert werden, genauso wie andere im Interesse der Öffentlichkeit stehende Dinge.

Umweltschutz muss weder Arbeitsplätze gefährden noch die Wirtschaft lähmen – im Gegenteil: indem wir unser Wissen und Können, unsere Technologie noch mehr in den Dienst des Umweltschutzes stellen, dürften eher noch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Nachdem in der Schweiz in den vergangenen Jahren vor allem auf dem Gebiete des Gewässerschutzes sehr viel geleistet worden ist, sollte nun auch das Problem der Luftreinhaltung vermehrt angegangen werden. Ein landesweites System permanenter Lufthygieneüberwachung, das ein breites Spektrum an umweltbelastenden Stoffen erfasst, so auch Sekundärprodukte wie photochemischen Smog, wäre äusserst wünschenswert, wobei neben den rein physikalisch-chemischen Messmethoden auch biologische Methoden (Indikatorpflanzen) zur Anwendung kommen sollten.

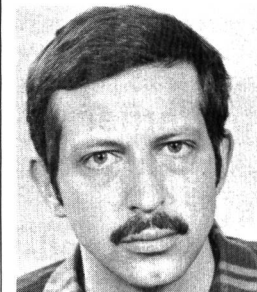
Über die Auswirkungen umweltbelastender Stoffe auf Pflanzen, Tiere und Mensch wissen wir noch sehr wenig, insbesondere was die Langzeitwirkung anbetrifft. Eine weit intensivere Forschung, als dies bisher geschah, sollte deshalb auf diesem Gebiet vorangetrieben werden, letztlich erlaubt nur ein fundiertes Wissen eine Beurteilung, ob und in welchen Konzentrationen ein Stoff emittiert werden darf, ohne dass Schädigungen zu erwarten sind.

Bemühungen zur Reinhaltung unserer Luft, wie sie an verschiedenen Orten in der Schweiz einen guten Anfang genommen haben, sollten fortgesetzt werden. Neben einem vermehrten Einbau von Filtern in emittierende Industrieanlagen sollten auch die regelmässig von Gesetzes wegen durchgeführten Kontrollen von Hausfeuerungsanlagen (Ölbrennereinstellung), wie sie im Kanton Baselland praktiziert werden, auf alle Kantone ausgedehnt werden, damit eine Herabsetzung der SO₂-Immissionen realisiert wird. Eine häufi-

gere Abgaskontrolle von Verbrennungsmotoren wäre ebenfalls ein äusserst wertvoller Beitrag zur Reinhaltung unserer Luft.

In Agglomerationen und entlang stark frequentierter Strassen sollten noch mehr Pflanzungen von Bäumen und Sträuchern ins Auge gefasst werden. Solche Pflanzungen haben nicht nur einen ästhetischen Wert, sondern entsprechen ebenso einem lufthygienischen Bedürfnis, indem sie ein einzigartiges Staubfilter darstellen.

So wie wir bereit sind, regelmässig Leistungen für unsere Altersvorsorge und andere soziale Leistungen zu erbringen, müssen wir in Zukunft auch bereit sein, mehr für die Erhaltung unseres Lebensraumes zu tun, denn eine lebensfreundlichere Umwelt bedeutet eine bessere Lebensqualität für uns alle.



**Ueli
Halder,**

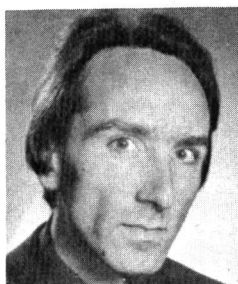
**Leiter Naturschutz-
zentrum Aletschwald**

Der Premierminister von Grenada, Sir Eric Gairy, habe vor der UNO-Vollversammlung die Einführung von «Tier- und Pflanzenrechten» nach dem Muster der UNO-Menschenrechte gefordert, hiess es kürzlich in einer Pressemeldung. Ich kann mir die ungläubig-verblüfften Gesichter der UNO-Delegierten bei dieser Rede sehr wohl vorstellen. Als ob das Weltparlament nichts Naheliegenderes zu behandeln hätte! Wahrscheinlich hat diese Reaktion Sir Eric, den Staatsmann, wenig irritiert. Denn echte Staatsmänner haben sich noch allemal durch ihren Blick über die Tagesaktualität hinaus,

durch ihren Mut zum Unzeitgemässen, durch ihr grosszügiges Denken ausgezeichnet.

Und wir in der Schweiz? Am gleichen Tag wie obige Meldung wurde das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage publiziert, wonach des Schweizer Problems Nummer 1 der Umweltschutz darstelle. Dennoch wird in unserem Parlament an einem Umweltschutzgesetz gebastelt, das alle und alles schont, nur die Umwelt nicht; dennoch zieht der Ständerat dem Mäuschen «Raumplanungsgesetz», kaum ist es geboren, auch schon die Milchzähne; dennoch werden am Rawil weiterhin fröhlich Präjudizien erbohrt; dennoch sind die Chancen nach wie vor gross, dass unsere letzten intakten Gebirgslandschaften mit gigantomanischen Bergkristallen geschmückt, von Erschliessungsstrassen und Skipisten zerfurcht, unter Stauseen ertränkt werden . . . O heilige Ökonomie!

Wider besseres Wissen erwarte ich, dass 1979 in unseren Parlamenten und Regierungen staatsmännisches Denken den Krämergeist überwinden möge.



Werner Spillmann,
Zentralsekretär der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz

Gemäss einer kürzlich publizierten Umfrage wird Umweltschutz von der Bevölkerung wieder als Problem Nummer 1 betrachtet. Im Herbst 1979 finden zudem Parlamentswahlen statt. Wir können deshalb davon ausgehen, dass in nächster Zeit viel vom Umweltschutz die Rede sein wird. Zwischen verbalen Bekenntnissen, Wahlkampfversprechungen und Taten bestehen aber oft grosse Diskrepanzen. Ob das kommende Jahr im Umweltschutz Fortschritte bringen wird, kann nur anhand konkreter Fakten beurteilt werden. Dabei steht für mich die Frage im Vordergrund, ob der Bundesrat sein vor der Albatros-Abstimmung gemachtes Versprechen einlöst und das Programm zur Reduktion der Motorfahr-

zeugabgabe fristgerecht in Kraft setzt. Mit dieser Massnahme könnte die Zunahme der Luftbelastung in den achtziger Jahren gestoppt und allmählich eine Verbesserung erreicht werden. Von grosser langfristiger Bedeutung ist auch die weitere Bearbeitung des Umweltschutzgesetzes, das in seiner heutigen Fassung nicht befriedigen kann. Ein Umweltschutzgesetz, das seinen Namen verdient und dem Verfassungsauftrag gerecht werden will, muss präzisere Zielsetzungen und verbindlichere Vorschriften enthalten. In materieller Hinsicht ist die Ergänzung durch wirksame Vorschriften über die Wärmedämmung an Gebäuden und den Biotopschutz besonders wichtig. Besser geregelt werden sollte ferner der Vollzug des Gesetzes. Die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) wird sich 1979 energisch für die Erreichung dieser Ziele einsetzen.



Werner Jauslin,
Ständerat, Muttenz

In der ersten Phase «Umweltschutz» ging es darum, die Bevölkerung aufzurütteln, auf die Gefahren zunehmender Umweltbelastung aufmerksam zu machen. Diese Phase ist abgeschlossen. Umweltschutz wird ernst genommen und als vordringlich betrachtet. Nun geht es darum, Resultate zu erzielen, Verbesserungen in der Belastung der Umwelt durch Abbau von bestehenden und durch Verhindern von neuen Störungen anzustreben. Das Umweltschutzgesetz ist ein Mittel dazu, aber nur ein Mittel zum Zweck, denn Buchstaben und Kompetenzen allein bringen noch keine Verbesserung. Deshalb sollen im kommenden Jahr:

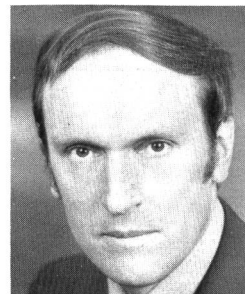
1. alle zuständigen Leute, sowohl in der privaten Wirtschaft, Industrie und im Gewerbe als auch in Bundesbetrieben und in kantonalen und eidgenössischen Verwaltungen all das veranlassen, was sie heute schon tun können. (Wenn zum Beispiel im Rangierbahnhof Muttenz Gleisbremsen eine unzulässige Lärmbelästigung bringen, so hat der Bundesrat schon heute – ohne Umweltschutzgesetz – die Verpflichtung und Kompetenz,

dies sofort abzustellen.) Vielfach bedeutet der Hinweis auf fehlende Kompetenz nur die Entschuldigung für das Zuwarten.

2. so rasch wie möglich Gesetz und Vorschriften erlassen werden, die durch ihre Anwendung zu Verbesserungen führen.

In einem ersten Schritt sind Massnahmen dort nötig, wo die stärksten Belastungen entstehen. Dazu sind Prioritäten für Wasser, Luft, Boden, Abfälle, Lärm zu setzen. In weiteren Schritten sind die Anforderungen den technischen Möglichkeiten entsprechend zu verbessern.

Anstatt das Schlagwort Umweltschutz zum Aktionsfeld für Politiker und Verbände zu missbrauchen, sollten im Jahr 1979 gemeinsam wirksame, also durchführbare Massnahmen angestrebt und durchgesetzt werden. Die Resultate zählen, nicht die Aktivitäten!



Bernhard Bittig,
Eidgenössisches Oberforstinspektorat

1979 dürfte ein weiter zunehmendes Interesse breiter Bevölkerungskreise an Umweltschutzfragen aufzeigen, wobei insbesondere die Fragen der Veränderung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, Veränderungen in der Landschaft sowie in der belebten und unbelebten Umwelt zunehmend zu politischen Diskussionen Anlass geben werden. Auf Bundesstufe wird nächstes Jahr die Umweltfrage die Wahlprogramme der verschiedenen Parteien massgeblich beeinflussen. Zu wünschen wäre, dass die teilweise polemische Grundfrage Umweltschutz kontra Arbeitsplätze einer differenzierteren und sachlicheren Betrachtungsweise Platz machen würde.